

Auch der US-Amerikaner Philip Giraldi, ein ehemaliger CIA-Agent, macht die US-Regierung für den gegenwärtigen Flüchtlingsstrom verantwortlich.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 177/15 – 20.09.15

Eine Flüchtlingskrise made in USA

**Werden die USA die Verantwortung für die humanitären Folgen
der von Washington angezettelten Kriege übernehmen?**

Von Philip Giraldi

The American Conservative, 09.09.15

(<http://www.theamericanconservative.com/articles/a-refugee-crisis-made-in-america/>)

Am 29. April 2008 hatte ich auf dem Weg nach Damaskus ein Erlebnis, das an die Erleuchtung erinnert, die Saulus zum Paulus werden ließ (s. dazu auch <https://de.wikipedia.org/wiki/Damaskuserlebnis>). Als ich die *Washington Post* aufschlug, sah ich auf der Titelseite ein Farbfoto (s. rechts) von einem zweijährigen irakischen Jungen namens Ali Hussein, den man aus den Trümmern eines von US-Raketen zerstörten Hauses geborgen hatte. Der kleine Junge trug Shorts und ein T-Shirt, und seine Füße steckten in Sandalen. Sein Kopf war so stark abgewinkelt, dass ein Betrachter sofort wusste, dass er tot war.



Foto entnommen aus

<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/photo/2008/04/29/PH2008042903586.html>

Vier Tage später, am 3. Mai, war in der gleichen Zeitung ein Leserbrief von Valerie Murphy, einer Frau aus Dunn Loring in Virginia, abgedruckt, Frau Murphy schrieb, das Foto von dem toten irakischen Kind hätte besser nicht veröffentlicht werden sollen, "weil es die Opposition gegen den Krieg schüre und antiamerikanische Gefühle wecke". Ich nahm an, dass die Zeitung mit dem Abdruck dieses Leserbriefes ihre Unvoreingenommenheit demonstrieren wollte, obwohl ich mich nicht daran erinnern konnte, dass in der neokonservativen *Post* jemals Gegner des Krieges zu Wort gekommen waren; sie hatte sogar die 300.000 Menschen ignoriert, die 2005 in Washington gegen diesen Krieg protestierten. Nachdem ich die Beschwerde der Frau und einen ebenfalls gegen die Veröffentlichung dieses Bildes gerichteten Kommentar auf einer Website nochmals gelesen hatte, überfiel mich der Gedanke: "Was sind wir doch für Monster geworden." Und wir hatten uns ja auch in Monster verwandelt – die Anhänger beider Parteien – und uns auch noch die US-Flagge umgehängt. Madeleine Albright, die damalige Außenministerin Bill Clintons, sagte einmal, die 500.000 irakischen Kinder, die durch die (gegen den Irak) verhängten Sanktionen



Foto entnommen aus

<http://www.independent.co.uk/incoming/article10482765.ece/alternates/w460/syrian-migrant-boy-turkey.jpg>

die durch die (gegen den Irak) verhängten Sanktionen

ihr Leben verloren, seien "den Preis wert gewesen" (s. <https://www.youtube.com/watch?v=XfCpJxKWmYc>). Sie ist auch im Ruhestand noch ein respektierte Politikerin und unterstützt die Wahlkampagne Hillary Clintons.

Letzte Woche hatte ich eine weitere Eingebung, als ich das Foto des kleinen syrischen Jungen Aylan Kurdi sah, der wie ein Stück Treibholz tot an einen türkischen Strand angespült worden war (s. S.1 unten links). Er trug ein rotes T-Shirt und schwarze Turnschuhe. Ich dachte daran, dass viele US-Amerikaner nur ihren Kopf über das Foto schütteln und schnell weiterblättern würden, um sich mit Stephen Colberts Debut in der Late Show (s. <http://www.cbs.com/shows/the-late-show-with-stephen-colbert/>) und dem Start der neuen Saison der National Football League (s. auch https://de.wikipedia.org/wiki/National_Football_League) zu beschäftigen.

Der kleine Junge war einer von Hunderttausenden von Flüchtlingen, die versuchen, nach Europa zu kommen. Wenn die Medien der Welt überhaupt über diese Krise berichten, dann beschränken sie sich auf die Unfähigkeit unvorbereiteter Aufnahmestaaten, die vielen Flüchtlinge angemessen zu versorgen und unterzubringen, und fragen, warum das nicht besser läuft. Das bedeutet doch, dass diese unfassbare menschliche Tragödie auf ein rein statistisches Problem und zum politischen Spielball reduziert wird.

Wegen des Ansturms Tausender Ausreisewilliger stoppte Ungarn den Zugverkehr nach Westeuropa [s. <http://news.yahoo.com/migrants-storm-train-budapests-main-station-police-withdraw-064748322.html#>], Serbien und Mazedonien versuchten unter Einsatz von Militär und Polizei ihre Grenzen dicht zu machen und die Flüchtlinge auszusperren. Italien und Griechenland wurden von Flüchtlingen überschwemmt, die auf dem Seeweg ankamen. Deutschland hat sich großzügig bereit erklärt, bis zu 800.000 Flüchtlinge und Asylbewerber vor allem aus Syrien aufzunehmen [weitere Infos dazu s. unter <https://www.washingtonpost.com/news/worldviews/wp/2015/08/31/in-germany-tabloids-welcome-refugees-in-britain-they-propose-sending-the-army-to-keep-them-out/>], auch Österreich und Schweden sind bereit, Flüchtlinge in größerer Zahl ins Land zu lassen. Zu den unmittelbaren Nachbarn der Konfliktzone – in die Türkei, in den Libanon und nach Jordanien – sind mehr als drei Millionen vertriebene Menschen geflohen. Die wohlhabenden arabischen Golfstaaten und Saudi-Arabien haben wenig oder nichts getan, um Flüchtlingen zu helfen.

Forderungen nach einer gemeinsamen europäischen Strategie zur Bewältigung des Problems, werden wohl dazu führen, dass die Außengrenzen geschlossen und Fluchtwege aus Afrika und Asien, die übers Meer führen, zu militärischen Sperrzonen erklärt werden, damit man Flüchtlingsschiffe stoppen und wieder zurückschicken kann. Die Flüchtlingskrise könnte von einigen europäischen Politikern auch dazu genutzt werden, um "humanitäre Interventionen" der NATO in Syrien zu rechtfertigen, die natürlich von Washington unterstützt würden. Während das Streiten und Manövrieren andauert, steigt die Zahl der Todesopfer ständig an. Die kürzlich in Österreich in einem versperrten Kühlaster entdeckten 71 ersticken Flüchtlinge – darunter auch fünf Kinder und ein Kleinkind – entsetzten die Welt. Und das war noch, bevor der tote Dreijährige an einem türkischen Strand gefunden wurde.

Unter den Flüchtlingen befinden sich auch viele junge Männer, die nur einen Job in Europa suchen, aber die meisten sind Familien, die den Schrecken des Krieges in Syrien, im Irak, in Afghanistan und im Jemen entkommen wollen. Ihre Notlage wird in den Medien immer wieder sehr eindrücklich beschrieben. Die Familien haben alles verloren und sind vor den schlimmen Zuständen in ihren Heimatländern geflohen.

Die USA wollen nur eine kleine Zahl von Flüchtlingen aufnehmen – und wie immer nur gut ausgebildete. Das Weiße Haus verhält sich überhaupt auffallend ruhig zu dem Problem,

vermutlich weil man weiß, dass in einer Zeit, in der ohnehin sehr heftig über seine Einwanderungspolitik gestritten wird, die Aufnahme einer größeren Anzahl (muslimischer) Flüchtlinge nicht gut ankäme. Es sollte sich aber mehr Gedanken darüber machen, wer die Flüchtlingskrise eigentlich verursacht hat; nicht nur die US-Medien, auch die US-Politiker lassen jede Selbsterkenntnis vermissen.

Tatsächlich trägt Washington den größten Teil der Schuld für die jetzige Entwicklung. Da man sich im inneren Kreis bei Stellungnahmen hauptsächlich auf Zahlen beruft, sollte man sich auch endlich einmal dafür interessieren, was der globale US-Krieg gegen der Terror bisher angerichtet hat. Nach einer vertrauenswürdigen Schätzung [s. <http://www.middleeasteye.net/columns/unworthy-victims-western-wars-have-killed-four-million-muslims-1990-39149394>] wurden in den Konflikten, die Washington seit 2001 selbst angezettelt hat oder an denen es beteiligt war, mindesten 4 Millionen Muslime getötet.

Gleichzeitig haben Millionen Vertriebene ihre Häuser und ihren Lebensunterhalt verloren, und viele von ihnen überfluten jetzt Europa. Nach Schätzungen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen / UNHCR [weitere Informationen dazu sind aufzurufen unter http://unhcr.org/556725e69.html#_ga=1.120039752.1140273933.1441369136] sind gegenwärtig 2.590.000 Menschen aus Afghanistan, 370.000 aus dem Irak, 3.880.000 aus Syrien und 1.100.000 aus Somalia auf der Flucht. Außerdem rechnet das UNHCR wegen der anhaltenden Kämpfe im Jemen mit mindestens 130.000 Flüchtlingen auch aus diesem Land [weitere Infos dazu s. http://www.unrefugees.org/2015/04/bracing-for-refugees-fleeing-yemen-by-boat-to-africa/?gclid=CjwKEAjwggWvBRC2kajZjgeOn0oSJADqBi-lpX9Hprw-C46WZmAwQIQGYnxEu3QETnnhabZa4mT38BBoC9K3w_wcB&gclsrc=aw.ds]. Und zwischen 600.000 und 1 Million Libyer leben unter unsäglichen Verhältnissen im benachbarten Tunesien [s. https://en.wikipedia.org/wiki/Refugees_of_the_2011_Libyan_Civil_War].

Die Anzahl der Vertriebenen, die noch in ihren Heimatländern umherirren, ist rund doppelt so hoch, wie die der außer Landes Geflohenen, die eine neue Heimat suchen. Viele der Flüchtlinge, die ihr Land verlassen haben, leben in provisorischen Flüchtlingscamps der Vereinten Nationen, während andere kriminellen Schleppern viel Geld zahlen, um nach Europa zu kommen.

Es ist wichtig, festzuhalten, dass die USA die Staaten, aus denen die meisten Flüchtlinge kommen, entweder überfallen haben oder den Sturz ihrer Regierungen betreiben und zu diesem Zweck Aufstände und Bürgerkriege in ihnen angezettelt haben. Durch die US-Invasion des Iraks ist ein Machtvakuum entstanden, das Terroristen den Zugriff auf dieses arabische Kernland ermöglicht hat. Mit der US-Unterstützung für syrische Rebellen wurde Öl in Feuer gegossen. Afghanistan droht auch heute noch zu verbluten – 14 Jahre nach der US-Invasion, die Demokratie bringen sollte. In Libyen, das relativ stabil war, bevor die USA und ihre Verbündeten intervenierten, herrscht jetzt das Chaos, das auch schon auf die Subsahara und andere afrikanische Staaten übergreifen hat.

Überall fliehen Menschen vor der Gewalt, die neben anderen schlimmen Auswirkungen auch die christlichen Minderheiten im Mittleren Osten fast ausgelöscht hat. Das Flüchtlingsproblem kann zwar nicht allein den USA angelastet werden, viele Millionen Menschen würden aber noch leben und wären nicht aus ihren Häusern vertrieben worden, wenn es die katastrophale Interventionspolitik demokratischer wie republikanischer US-Regierungen nicht gegeben hätte.

Washington hat jetzt vielleicht zum letzten Mal die Möglichkeit, die Verantwortung für seine Untaten zu übernehmen. Die Millionen Menschen, die umherirren oder, wenn sie Glück haben, in Zelten vegetieren, brauchen dringend Hilfe; deshalb darf das Weiße Haus nicht

länger schweigen und so tun, als gingen es die Flüchtlinge nichts an, weil andere Staaten sie aufzunehmen und zu versorgen hätten. In Wirklichkeit sind die Flüchtlinge sehr wohl ein US-Problem. Wenn Präsident Barack Obama nur ein Mindestmaß an Einsicht zeigen würde, könnte er wenigstens zugeben, dass seine Interventionen und die seiner Vorgänger nicht so gelaufen sind, wie man eigentlich wollte. Und er müsste viel Geld locker machen. Washington wirft Milliarden von Dollars für unnötige Kriege und die weltweite Unterstützung fragwürdiger Verbündeter aus dem Fenster. Könnte die US-Regierung zur Abwechslung unsere Steuergelder nicht wenigstens einmal für einen sinnvollen Zweck ausgeben und mit den am stärksten betroffenen Staaten im Mittleren Osten und in Europa zusammenarbeiten, um den Obdachlosen eine neue Heimat zu geben? Könnte sie sich nicht ehrlich um Verhandlungen bemühen, um die Kämpfe in Syrien und im Jemen zu beenden, die beide nur weiteres unvorstellbares Leid bringen werden, wenn sie nicht endlich aufhören?

Ironischerweise nutzen US-Falken das Foto von dem ertrunkenen syrischen Jungen aus, um die Europäer für die (von den USA verursachte) humanitäre Krise verantwortlich zu machen und gemeinsame Anstrengungen zum Sturz Baschar al-Assads zu fordern. Letzten Freitag hat die *Washington Post* einen Leitartikel veröffentlicht – mit der (geänderten) Überschrift "Europe responds to desperate refugees with razor wire and racism" [Europa empfängt die verzweifelte Flüchtlinge mit Stacheldraht und Rassismus, s. https://www.washingtonpost.com/opinions/europes-abdication/2015/09/03/319e2cb0-5265-11e5-9812-92d5948a40f8_story.html]. Zusätzlich hat Michael Gerson (ein politischer Kolumnist der *Washington Post*, s. https://en.wikipedia.org/wiki/Michael_Gerson) in der gleichen Ausgabe auf einen sofortigen Regimewechsel in Syrien gedrängt [s. https://www.washingtonpost.com/opinions/the-horrific-results-of-obamas-strategy-in-syria/2015/09/03/c16c117a-526c-11e5-933e-7d06c647a395_story.html] und für die Krise in erster Linie Damaskus verantwortlich gemacht. In dem Leitartikel werden hauptsächlich die europäischen "Rassisten" für ihr Versagen in der Flüchtlingskrise beschimpft. Es bleibt unklar, warum Gerson, ein evangelikaler Neokonservativer, der früher Reden für George W. Bush geschrieben hat, glaubt, dass es irgendjemand nutzen könnte, wenn Syrien ganz in die Hände des ISIS fiel.

Wir US-Amerikaner verdrängen einfach, was wir in den letzten Jahren der Welt angetan haben. Wir werden weltweit gehasst, sogar von denjenigen, die sich von uns bestechen ließen, und in der ganzen Welt schüttelt man zweifellos den Kopf über die Hasstiraden, die unsere Präsidentschaftskandidaten gerade absondern. Schon Shakespeare hat gesagt, "die Menschen würden von ihren Untaten überlebt", obwohl es die USA zu seinen Lebzeiten noch nicht gab. Wir versuchen unsere Untaten mit Lügen zu rechtfertigen und unsere Verbrechen zu vertuschen und hoffen darauf, dass sie mit der Zeit vergessen werden.

Als ich diese Zeilen schrieb, habe ich Ali Hussein, den kleinen irakischen Jungen, der von einer US-Bombe getötet wurde, vor mir gesehen. Vermutlich hat Google ihn und sein Foto "verschwinden" lassen, weil sein Tod unliebsame Erinnerungen weckt. Wahrscheinlich ist er auch aus dem Archiv der *Washington Post* entfernt worden. Beim Schreiben musste ich deshalb an die Erfahrung denken, die George Orwell seine Hauptfigur Winston Smith in seinem Roman "1984" machen lässt. (s. https://de.wikipedia.org/wiki/1984_%28Roman_%29#Winston_Smith).

Philip Giraldi (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Philip_Giraldi), ein ehemaliger CIA-Offizier, ist heute Geschäftsführer des Council for the National Interest (s. <http://www.councilforthenationalinterest.org/new/howeare/>)

(Wir haben den Artikel, den bestimmte Kreise wieder vorschnell als "anti-amerikanisch" abqualifizieren werden, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern

mern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Seine Vermutung, das Foto von dem toten Kindes Ali Hussein sei nicht mehr auffindbar, trifft nicht zu, denn wir konnten es "googeln". Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The American
Conservative

A Refugee Crisis Made in America

Will the U.S. accept responsibility for the humanitarian consequences of Washington-manufactured wars?

By Philip Giraldi

September 9, 2015

On April 29th, 2008 I had a Saul on the Road to Damascus moment. I had flipped open the Washington Post and there, on the front page, was a color photo of a two year old Iraqi boy named Ali Hussein being pulled from the rubble of a house that had been destroyed by American missiles. The little boy was wearing shorts and a t-shirt and had on his feet flip-flops. His head was hanging back at an angle that told the viewer immediately that he was dead.

Four days later on May 3rd a letter by a Dunn Loring Virginia woman named Valerie Murphy was printed by the Post. Murphy complained that the Iraqi child victim photo should not have been run in the paper because it would "stir up opposition to the war and feed anti-US sentiment." I suppose the newspaper thought it was being impartial in printing the woman's letter, though I couldn't help but remember that the neocon-dominated Post had generally been unwilling to cover anything antiwar, even ignoring a gathering of 300,000 protesters in Washington in 2005. Rereading the woman's complaint and also a comment on a website suggesting that the photo of the dead little boy had been staged, I thought to myself, "What kind of monsters have we become." And in truth we had become monsters. Bipartisan monsters wrapped in the American flag. Bill Clinton's Secretary of State Madeleine Albright once said that killing 500,000 Iraqi children through sanctions was "worth it." She is now a respected elder statesman close to the Hillary Clinton campaign.

I had another epiphany last week when I saw the photo of the little Syrian boy Aylan Kurdi washed up on a Turkish beach like a bit of flotsam. He was wearing a red t-shirt and black sneakers. I thought to myself that many Americans will shake their heads when looking at the photo before moving on, more concerned about Stephen Colbert's debut on the Late Show and the start of the NFL season.

The little boy is one of hundreds of thousands of refugees trying to get to Europe. The world media is following the crisis by focusing primarily on the inability of unprepared local governments to deal with the numbers of migrants, asking why someone somewhere can't just "do something." This means that somehow, as a result, the vast human tragedy has been reduced to a statistic and, inevitably, a political football.

Overwhelmed by thousands of would-be travelers, Hungary suspended train service heading towards Western Europe while countries like Serbia and Macedonia deployed their military and police along their borders in a failed attempt to completely block refugees. Italy and Greece have been overwhelmed by migrants arriving by sea. Germany, to its credit, is intending to process up to 800,000 refugee and asylum applications, mostly from Syria,

while Austria and Sweden have also indicated their willingness to accept many more. Immediate neighbors of the zone of conflict, notably Turkey, Lebanon and Jordan are hosting more than three million of those who are displaced, but the wealthy Arab Gulf countries and Saudi Arabia have done little or nothing to help.

Demands for a European unified strategy to deal with the problem are growing, to include sealing borders and declaring the seas off of preferred departure points in North Africa and Asia to be military zones where undocumented ships and travelers will be intercepted and turned back. One also has to suspect that the refugee crisis might be exploited by some European politicians to justify NATO “humanitarian” intervention of some sort in Syria, a move that would have to be supported by Washington. But while the bickering and maneuvering goes on, the death toll mounts. The recent discovery of 71 dead would-be migrants who suffocated in the back of a locked truck found in Austria, to include five children and a toddler, horrified the world. And that was before the dead three year old on the Turkish beach.

Many of the would-be migrants are young men looking for work in Europe, a traditional enterprise, but most of the new arrivals are families escaping the horrors of war in Syria, Iraq, Afghanistan, and Yemen. Their plight has been described in the media in graphic terms, families arriving with nothing and expecting nothing, fleeing even worse conditions back at home.

The United States has taken in only a small number of the refugees and a usually voluble White House has been uncharacteristically quiet about the problem, possibly realizing that allowing in a lot of displaced foreigners at a time when there is an increasingly heated debate over immigration policy in general just might not be a good move, politically speaking. But it should perhaps be paying some attention to what caused the problem in the first place, a bit of introspection that is largely lacking both from the mainstream media and from politicians.

Indeed, I would assign to Washington most of the blame for what is happening right now. Since folks inside the beltway are particularly given to making judgements based on numerical data they might be interested in the toll exacted through America’s global war on terror. By one not unreasonable estimate, as many as four million Muslims have died or been killed as a result of the ongoing conflicts that Washington has either initiated or been party to since 2001.

There are, in addition, millions of displaced persons who have lost their homes and livelihoods, many of whom are among the human wave currently engulfing Europe. There are currently an estimated 2,590,000 refugees who have fled their homes from Afghanistan, 370,000 from Iraq, 3,880,000 million from Syria, and 1,100,000 from Somalia. The United Nations Refugee Agency is expecting at least 130,000 refugees from Yemen as fighting in that country accelerates. Between 600,000 and one million Libyans are living precariously in neighboring Tunisia.

The number of internally displaced within each country is roughly double the number of those who have actually fled and are seeking to resettle outside their homelands. Many of the latter have wound up in temporary camps run by the United Nations while others are paying criminals to transport them into Europe.

Significantly, the countries that have generated most of the refugees are all places where the United States has invaded, overthrown governments, supported insurgencies, or intervened in a civil war. The invasion of Iraq created a power vacuum that has empowered ter-

rorism in the Arab heartland. Supporting rebels in Syria has piled Pelion on Ossa. Afghanistan continues to bleed 14 years after the United States arrived and decided to create a democracy. Libya, which was relatively stable when the U.S. and its allies intervened, is now in chaos, with its disorder spilling over into sub-Saharan Africa.

Everywhere people are fleeing the violence, which, among other benefits, has virtually obliterated the ancient Christian presence in the Middle East. Though I recognize that the refugee problem cannot be completely blamed on only one party, many of those millions would be alive and the refugees would for the most part be in their homes if it had not been for the catastrophic interventionist policies pursued by both Democratic and Republican administrations in the United States.

It is perhaps past time for Washington to begin to become accountable for what it does. The millions of people living rough or in tents, if they are lucky, need help and it is not satisfactory for the White House to continue with its silence, a posture that suggests that the refugees are somehow somebody else's problem. They are, in fact, our problem. A modicum of honesty from President Barack Obama would be appreciated, perhaps an admission that things have not exactly worked out as planned by his administration and that of his predecessor. And money is needed. Washington throws billions of dollars to fight wars it doesn't have to fight and to prop up feckless allies worldwide. For a change it might be refreshing to see tax money doing some good, working with the most affected states in the Middle East and Europe to resettle the homeless and making an honest effort to come to negotiated settlements to end the fighting in Syria and Yemen, both of which can only have unspeakably bad outcomes if they continue on their current trajectories.

Ironically, American hawks are exploiting the photo of the dead Syrian boy to blame the Europeans for the humanitarian crisis while also demanding an all-out effort to depose Bashar al-Assad. Last Friday's Washington Post had a lead editorial headlined "Europe's Abdication," and also featured a Michael Gerson op-ed urging immediate regime change in Syria, blaming the crisis solely on Damascus. The editorial railed against European "racists" regarding the refugee plight. And it is not clear how Gerson, an evangelical neoconservative former speech writer for George W. Bush, can possibly believe that permitting Syria to fall to ISIS would benefit anyone.

We Americans are in something approaching complete denial about how truly horrible our nation's recent impact on the rest of the world has been. We are universally hated, even by those who have their hands out to receive their Danegeld, and the world is undoubtedly shaking its head as it listens to the bile coming out of the mouths of our presidential candidates. Shakespeare observed that the "evil that men do lives after them," but he had no experience of the United States. We choose to dissimulate regarding the bad choices we make followed up with lies to justify and mitigate our crimes. And still later the evil we do disappears down the memory hole. Literally.

In writing this piece I looked up Ali Hussein, the little Iraqi boy who was killed by the American bomb. He has been "disappeared" from Google, as well has the photo, presumably because his death did not meet community standards. He has likewise been eliminated from the Washington Post archive. The experience of Winston Smith in George Orwell's 1984 immediately came to mind.

Philip Giraldi, a former CIA officer, is executive director of the Council for the National Interest.